

**Resolution zur Vorlage
bei der
Vertreterversammlung
am 03. Dezember 2022**



Soziale Ungleichheit gefährdet psychische Gesundheit

Globale Krisen, wie die Klimakrise, Pandemien oder Kriege, treffen Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart. Die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise infolge des Ukrainekrieges und der Inflation verstärken derzeit die Notlage von armen Menschen und erhöhen die Wahrscheinlichkeit für existenzgefährdende Lebensumstände. Wachsende soziale Ungleichheit durch strukturelle Diskriminierung und existenzielle Unsicherheiten erhöhen das Risiko sowohl physische als auch psychische Erkrankungen zu entwickeln und gefährden so die psychische Gesundheit. Menschen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen werden nicht nur häufiger krank, sie brauchen auch mehr staatliche Unterstützung. Psychotherapie kann weder Sozial- noch Bildungspolitik ersetzen. Auch die Prävention von psychischen Erkrankungen verlangt eine Bildungs- und Einkommenspolitik, die vor Armut schützt.

Die LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz stellt deshalb folgende Forderungen:

- Der Abbau von sozialer Ungleichheit benötigt effektive politische Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Vermögens- und Einkommensverteilung sowie Zugang zu Bildung. Die gesellschaftliche Teilhabe von Personen mit niedrigen Einkommenssituationen muss gefördert werden.
- Spezielle Präventions- und Behandlungsangebote sowie Konzepte und Hilfen, die den Weg zu Beratung und Behandlung ebnen und bestehende Strukturen zusammenführen, um der Fragmentierung des Systems entgegenzutreten, sollen speziell gefördert werden. Hierbei sind niedrigschwellige Anlaufstellen für Gesundheitsberatung und Hilfsangebote sowie spezielle Präventions- und Behandlungsangebote in sozialen Brennpunkten besonders zu beachten. Diese sollen über mehrere Jahre gefördert werden, da gerade in strukturschwachen Regionen die Etablierung von Projekten Zeit benötigt und eine kontinuierliche Ansprechbarkeit von Personen zur Förderung der Akzeptanz notwendig ist.
- Die Stärkung der Prävention psychischer Erkrankungen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, sowie niedrigschwellige, unbürokratische und unterstützende psychosoziale und psychotherapeutische Angebote für Familien mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen müssen fokussiert werden.

- Die Rahmenbedingungen für aufsuchende Psychotherapie muss verbessert werden, um den Zugang zur Psychotherapie niedrigschwellig gestalten zu können, sowie die Behandlungskontinuität bei schweren psychischen Erkrankungen oder in Krisensituationen zu stärken.
- Eine Finanzierung professioneller Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung für Geflüchtete und Personen, deren Deutschkenntnisse für eine psychotherapeutische Behandlung nicht ausreichen, durch die Krankenkassen muss realisiert werden.
- Zusätzliche psychotherapeutische Praxissitze sollen besonders in sozial benachteiligten Regionen geschaffen werden.